

## Offener Brief

Unter folgenden Link:

[Ukraine-Krieg: Österreich, Ungarn, Irland und Malta lieferten keine Waffen - Österreich - VIENNA.AT](#) erfährt man das als Schlagzeile:

**Österreich, Ungarn, Irland und Malta sind nach Aussage des ukrainischen Außenministers Kuleba die einzigen europäischen Länder, die der Ukraine im Kampf gegen die russischen Angreifer bisher keine Waffen geliefert haben.**

Was bedeutet: **Die neutrale Schweiz, das bisher neutrale Schweden, das bisher neutrale Finnland haben dann logischerweise auch WAFFEN an die Ukraine geliefert** und im Vorzeiten des Krieges, also nach 2014 während des Bürgerkrieges hat 2016 Österreich auch Waffen an die kriegsführende Ukraine und an Russland verkauft und wir erinnern uns aus vorgehenden offenen Brief:

Demnach lieferten heimische Unternehmen im **Jahr 2016 Militärgüter** auch in Staaten, die in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt waren. Darunter Saudi-Arabien, Katar und **die Ukraine**. Und das Ganze höchst offiziell mit Erlaubnis der Behörden.  
(Quelle: [Im Kontext: Rüstung Rot-Weiß-Rot – Waffen für den Frieden? - Addendum](#))

Als **Basis für die Definition, was Krieg ist und was nicht**, zogen wir das Konfliktbarometer des anerkannten [Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung \(HIK\)](#) heran. Die Ergebnisse des Jahres 2016 verglichen wir mit jenen Daten für Militärgüter-Exporte, die die Regierung in Wien im selben Jahr an die Europäische Union meldete. Sie werden in Österreich nicht veröffentlicht, liegen uns aber vor. Das Ergebnis:

Vom **HIK als Kriegsgebiete definiert** wurden u.a. **Mexiko, die Türkei, die Ukraine und der Jemen**. An folgende, in ebendiese Konflikte verstrickte Nationen hat Österreich 2016 Militärgüter geliefert: **Mexiko und die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Katar und Saudi-Arabien (allesamt Parteien im Jemen-Krieg)**. Und: Die **Ukraine und Russland**; wobei Russland trotz zahlreicher Indizien dafür, dass das Gegenteil stimmt, offiziell nicht an den Kampfhandlungen in der Ostukraine beteiligt ist. Wer sich was in welchem Ausmaß liefern ließ, entnehmen Sie der interaktiven Karte.

(Quelle: [Wie Österreich Militärgüter in Kriegsregionen liefert - Addendum](#))



GRÜNER ABGEORDNETER

## Gesetzesbruch? 150.000 Granaten nach Abu Dhabi

Waffenlieferung statt Lebensmittel? Pilz erhebt schwere Vorwürfe gegen Innenministerin und Außenminister

von *Bernhard Gaul*

17.02.2016, 11:52

Da werden Erinnerungen an die Noricum-Affäre wach: Hat die Republik Waffen, vor allem Granaten und Granatwerfer, an ein kriegsführendes Land exportiert?

Diese Vorwürfe erhebt der Grüne Abgeordnete Peter Pilz. Konkret geht es um eine **Genehmigung Anfang Juli 2015 für die Ausfuhr von 150.000 40-mm-Splittergranaten** der Firma Arges/Rheinmetall **nach Abu Dhabi**.

Diese Genehmigung muss nach österreichischem Recht das **Innenministerium (BMI)** erteilen, aber nur, wenn **auch das Verteidigungsministerium** als **auch das Außenministerium** das erlaubt.

Das **Verteidigungsministerium** prüft allerdings nur, ob die Waffenlieferung eine Gefahr für Österreichs Sicherheit bedeuten – was bei einer Lieferung an ein arabisches Land nicht der Fall ist.

## "Persilschein"

Fragwürdig ist für Pilz allerdings, warum das Außenministerium laut Pilz „einen Persilschein“ ausgestellt hat. **Abu Dhabi, als Teil der Vereinigten Arabischen Emirate ist Teil einer militärischen Koalition, die im Jemen Krieg führt.**

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Aus Sicht von Pilz handelt es sich bei der Exportgenehmigung um einen **Verstoß gegen das Kriegsmaterialgesetz. In diesem wird der Waffenhandel mit kriegsführenden Staaten verboten.**

Im Innenministerium hieß es dazu: „Im Juli ist man in einer gemeinsamen Betrachtung der drei Ministerien zur Ansicht gekommen, dass die Endverwendung im Konfliktgebiet **nicht anzunehmen ist.**“

Die Genehmigung wurde drei Monate später widerrufen - „nachdem sich die Situation dann verändert hat“, sagte der Innenministeriumssprecher. Heute tagte dazu der Nationale Sicherheitsrat, den Pilz einberufen hat.

[Erdogans Werk und Österreichs Beitrag | Rüstungsatlas für Österreich \(ruestungsatlas.org\)](#)

## Erdogans Werk und Österreichs Beitrag

[1. August 2016 ruestungsatlasAllgemeines](#)

Auch in unserem Nachbarland sind Waffenexporte ein brisantes Thema, insbesondere hinsichtlich der Lage in der Türkei. Hier ein Beitrag der Kollegen von [#Aufstehn](#) aus Österreich:

**Österreichische Waffen für die Türkei, wo Menschenrechtsverletzungen und militärisches Vorgehen gegen politische GegnerInnen auf der Tagesordnung stehen? Wir fordern: **Waffenlieferungen in Krisengebiete und kriegsführende Staaten stoppen!**** Jetzt unterzeichnen: [aufstehn.at/waffenexporte-stoppen](http://aufstehn.at/waffenexporte-stoppen)

Hintergrundinfos zu österreichischen Waffenlieferungen in die Türkei: Berichtszeitraum 2012–2014: 7330 Kleinwaffen (Revolver und Selbstladepistolen); 2010: 967 Gewehre und Flinten.

[Rüstungsatlas für Österreich \(solidarwerkstatt.at\)](#)

## Rüstungsatlas für Österreich



Die **Organisationen Pax Christi Österreich, Steirische Friedensplattform, Internationaler Versöhnungsbund, Solidarwerkstatt Österreich und RüstungsinformationsBüro**, haben sich zur **Plattform "Rüstungsatlas Österreich"** zusammengefunden, um gemeinsam mehr Licht in das intransparente Geschäft der Rüstungsindustrie und Rüstungsforschung in Österreich zu bringen.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Gewiss: Österreich ist kein großer Akteur im Internationalen Waffengeschäft. Aber: Immer wieder einmal tauchen in jüngerer Zeit Waffen österreichischer Herkunft auf Kriegsschauplätzen auf: Sprenggranaten in Yemen, Aufklärungsdrohnen in Somalia, Steyr-Männlicher Sturm- und Scharfschützengewehre in Syrien, ...

Dabei ist das Wissen über den Anteil Österreichs am Rüstungs- und Kriegsgeschäft insgesamt mangelhaft. Viele Einzelfakten sind bekannt: In Gunskirchen bei Wels baut die Firma BRP-Powertrain Flugmotoren für die US-Kampfdrohne Predator (= Raubtier). In Rüstorf bei Wels erzeugt eine Tochter der deutsche Rheinmetall AG hocheffiziente Sprenggranaten. Und die Fa. AVL in Graz entwickelt einen Motor für den neuen türkischen Kampfpanzer Altay. Eine systematische Zusammenschau kriegsrelevanter österreichischer Aktivitäten in Forschung, Entwicklung und Produktion fehlt aber.

Die starken Fluchtbewegungen des Jahres 2015 nach Europa machten neuerlich deutlich: Wir ernten, was wir mit gesät haben! Das Bewusstsein dieses Zusammenhangs hat mehrere Friedensgruppen dazu bewogen einen Rüstungsatlas Österreich zu erarbeiten. Vorbild sind Rüstungsatlanten, die es für mehrere deutsche Bundesländer gibt, siehe etwa den Rüstungsatlas Baden-Württemberg unter [http://www.imi-online.de/download/ruestungsatlas\\_2012\\_web.pdf](http://www.imi-online.de/download/ruestungsatlas_2012_web.pdf).

Die Zielsetzung ist eine politisch-praktische. Die gemeinsame Projektarbeit soll helfen die Schwäche der Friedensbewegung in Österreich zu überwinden. Und das fertige Produkt soll gesellschaftskritischen regionalen Gruppen eine gezielte rüstungskritische Arbeit ermöglichen.

Die konkrete Rechercharbeit soll nach Möglichkeit in bundesländerspezifischen Teams erfolgen. Zur Gewinnung von Mitarbeitern können ReferentInnen für Info-Veranstaltungen angefordert werden.

Kontakte:

[office@paxchristi.at](mailto:office@paxchristi.at)

[luciahaemmerle@versoehungsbund.at](mailto:luciahaemmerle@versoehungsbund.at)

[franz.soelkner@thalbeigraz.at](mailto:franz.soelkner@thalbeigraz.at)

Für die Sammlung von Fakten wurde unter <http://www.rib-ev.de/archiv/ruestungsatlas-oesterreich/> ein interaktives Arbeitsmodul eingerichtet.

Zur Finanzierung wurde bei der Hypo OÖ unter dem Kontowort „Rüstungsatlas Österreich“ ein Spendenkonto eingerichtet:

IBAN: AT 50 5400 0000 0037 3019

BIC: 0BLAAT2L

- [Österreich-Militarismus](#)

[Androsch lässt Katze aus dem Sack: Berufsheer für Rohstoff- und Handelskriege \(solidarwerkstatt.at\)](#)

# Androsch lässt Katze aus dem Sack: **Berufsheer für Rohstoff- und Handelskriege**



Der Großindustrielle Hannes Androsch, von der SPÖ-Führung zum Leiter des "Komitees für eine Ende der Wehrpflicht" ernannt, nimmt sich kein Blatt vor den Mund, warum er ein Berufsheer will: **Österreich soll sich an EU- bzw. NATO-Rohstoff- und Handelskriegen beteiligen.**

Androsch wurde von der SPÖ-Führung vor kurzem zum Leiter des „Komitees für ein Ende Wehrpflicht“ gekürt. Dankenswerterweise benennt er unumwunden, wofür ein Berufsheer dienen soll. Das Aufgabenspektrum sei „*im europäischen Verbund in Zusammenarbeit mit der NATO einsatzbereit zu sein, die Rohstoff- und Energiequellen zu verteidigen, die Transportwege, Seewege und Pipelines. Dazu kommt das Flüchtlingsproblem, Terrorismus und Cyberwar.*“ (1) Jetzt ahnen wir auch, warum ein Großindustrieller zum Chef des Berufsheer-Komitees ernannt wurde. Mit seinen Aussagen überführt Androsch aber auch seine Auftraggeber Faymann und Darabos als **notorische Lügner, wenn sie von Neutralität und „humanitären Einsätzen“ schwadronieren**. Die Beteiligung an Rohstoff- und Handelskriege „im europäischen Verbund in Zusammenarbeit mit der NATO“ sind die Aufgabenstellungen, für die das Bundesheer mit Profisoldaten hochgerüstet wird.

## Hintergründe des SP-Schwenks

Erinnern wir uns an die Aussage von Verteidigungsminister Darabos vom Juli 2010, wo er die „*Wehrpflicht als in Beton gemeißelt*“ (2) bezeichnete. Keine drei Monate später, Anfang Oktober 2010 machte Darabos und die SPÖ-Spitze bekanntlich einen 180-Grad-Schwenk zugunsten einer Berufsarmee. Der Grund für diesen kolossalen Bauchfleck wurde nie wirklich geklärt.

Eine Studie des „Egmont-Institute“ könnte hier möglicherweise weiterhelfen. Dieser **EU-Militarisierungs-Thinktank** wurde im Frühjahr 2010 von der spanischen EU-Ratspräsidentschaft damit beauftragt, Kriterien zu entwickeln, die ein EU-Land erfüllen muss, um in die sog. „*Ständige Strukturierte Zusammenarbeit*“ (SSZ) eingelassen zu werden. Diese SSZ wurde mit dem Vertrag von Lissabon (2009) in EU-Verfassungsrang gehoben und soll einen inneren militärischen Führungszirkel begründen, in den nur jene Einlass finden, die „*über anspruchsvolle militärischen Kapazitäten*“ verfügen und sich zu „*(Militär-)missionen mit höchsten Anforderungen verpflichten*“ (Art. 42, Abs. 5, EUV).



Tenor: Wirklich etwas zu sagen hat in der Zukunft der EU nur, wer auch gehörig mitrüstet und mitschießt. Das Egmont-Institute schlägt folgende Einlasskriterien vor:

- Die für Auslandsinterventionen verwendbaren Truppen müssen um 25 Prozent in den nächsten 5 und um 50% in den nächsten 10 Jahren erhöht werden
- Anteil der Militärausgaben am Budget von mindestens 1,63%
- Die Mitgliedsstaaten müssen anteilig zum ihrem BIP alle Aufrüstungsprojekte der sog. EU-Verteidigungsagentur mitfinanzieren
- Teilnahme an allen EU-Missionen, die eine militärische Komponente haben. (3)

## Androschs Berufsarmee-Vorbild: Die Killerarmeen des „War on Terror“

Dieses Papier, das im Frühjahr 2011 veröffentlicht wurde, war wohl schon im Herbst 2010 dem Kreis der EU-Staatschefs zugänglich. Faymann und Co wollen um jeden Preis in das militärische Kerneuropa. Die dafür notwendige Steigerung von Truppen für Auslandseinsätze, vor allem aber die Teilnahme an allen (!) EU-Militäreinsätzen, also auch solchen, wo Soldaten bisweilen in Blechkisten zurückzukehren pflegen, sieht man in der SP-Führung offensichtlich nur durch Profis gewährleistet. Deshalb wohl der energische Schwenk Richtung Profitruppen. Das von Darabos favorisierte Modell sieht konsequenterweise die Verdreifachung der Zeitsoldaten vor, also jener Berufssoldaten, die am leichtesten für Auslandseinsätze verpflichtet werden können. Als „Vorbild“ für Österreich hebt daher Androsch Umstellung auf Berufsarmeen in den USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien hervor (4). Das sind die Armeen jener Staaten, die in den völkerrechtswidrigen Angriffskriegen des sog. „War on Terror“ seit 2001 eine grauenhafte Blutspur bezogen haben. Neuere Studien schätzen die Zahl der durch diese Kriege Getöteten auf bis zu 1,7 Millionen (Irak, Afghanistan, Pakistan). Rund 10.000 SoldatInnen sind von diesen Feldzügen in Zinksärgen nach Hause gebracht worden. Wie verheerend sich diese Kriegserfahrungen auch auf das Seelenleben der beteiligten SoldatInnen auswirken, erkennt man daran, dass im vergangenen Jahrzehnt mehr US-Soldaten durch Selbstmord ums Leben gekommen sind als beim Kampfeinsatz in Afghanistan. Im Durchschnitt stirbt pro Tag ein US-Soldat durch eigene Hand (Veteranen nicht mit einberechnet).(5)

### „Viel mehr Geld“ fürs Militär

Bemerkenswert ist auch das Kriterium, mindestens 1,62% des BIPs für Militär ausgeben zu müssen. Österreich gibt derzeit knapp unter 1 % des BIP dafür aus; das Eintrittsbillet für das militärische Kerneuropa hieße also eine satte Steigerung des Militäretats um rund 80%. Auch wenn Darabos das derzeit noch bestreitet, dass ein Berufsheer deutlich teurer kommt, natürlich weiß er, dass das so ist - und er will es auch; denn schließlich ist die EU seit dem Lissabon-Vertrag als Union konzipiert, wo Mitsprache vom Umfang der Tötungskapazitäten abhängt, die man einbringen kann. Auch in dieser Hinsicht wird der Minister von Androsch als Lügner überführt. Der Berufsheer-Proponent hält eine Erhöhung der Militärausgaben „um viel mehr“(1) als bisher in jedem Fall für unausweichlich. Die Teilnahme an Rohstoff- und Handelskriegen hat halt ihren Preis. Dass Androsch im selben Atemzug die Kosten des „riesigen Sozialbereichs“ in Österreich beanstandet (4), zeigt, dass die Berufsheer-Lobby in jeder Hinsicht verstanden hat, wie die Uhren in der EU ticken.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Unterschriften Aktion hier unterstützen: **Neutralität statt Berufsheer und EU-Kampftruppen**

Quellen zum Artikel:

- (1) Österreich, 7.9.2012
  - (2) Tiroler Tageszeitung, 3.7.2010
  - (3) Biscop, Sven/Coelmont, Jo: Permanent Structured Cooperation. In Defence of the Obvious, Egmont Security Brief Nr. 11, Juni 2010.
  - (4) Kronenzeitung, 8.9.2012
  - (5) Spiegel, 8.6.2012
- 

Mit friedliebenden Grüßen aus dem aktiven Widerstand, ihr göttlicher Klaus



**WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT** von Klaus Schreiner, Innsbruck

